

5. Zeitenwende – Die 1990er-Jahre

5.1 Das geeinte Deutschland in einer turbulenten Welt

Die gesellschaftlichen Umwälzungen im sozialistischen Machtblock waren von globaler Qualität, die die Welt in den 1990er-Jahren bewegten und neu ordneten – wenn man denn – bei der nun multizentrisch verteilten Macht mit aufstrebenden neuen Staaten – von einer Ordnung sprechen kann.¹ Es schien so, dass nun das von Lyotard postulierte »Ende der großen Erzählungen«² tatsächlich empirische Wirklichkeit werden sollte. Fukuyama spricht angesichts der von ihm postulierten weltweiten Durchsetzung von Kapitalismus und Demokratie von einem »Ende der Geschichte«³ und – mehr machtpolitisch orientiert – verortet Brzezinski die USA als »einzig verbleibende Weltmacht«.⁴ Huntington sieht die Gefahren, dass es in der »neuen Weltordnung« (Post Cold War Order) zu einem »Clash of Civilizations« kommen wird.⁵ Dies kann, auch in seinen Folgen und Konsequenzen für Deutschland, an dieser Stelle natürlich nicht annähernd beschrieben werden, jedoch werde ich in Stichworten auf das sich nun durchsetzende Phänomen der »Globalisierung« eingehen sowie einige Aspekte deutscher Entwicklung und Politik streiflichtartig beleuchten.⁶ Das sich vereinigende Deutschland sah sich einer zunehmend multizentrischen, globalisierten Welt gegenüber, wobei das, was man/frau »Globalisierung« nennt, insbesondere durch folgende Faktoren gekennzeichnet ist:

-
- 1 Die vielfältigen Konflikte, die die Umwälzungen mit Polen beginnend in der ehemaligen UdSSR, Rumänien, der (ehemaligen) Czechoslowakei und Jugoslawien mit sich brachten, können hier nicht behandelt werden.
 - 2 Lyotard 2019 (1979).
 - 3 Fukuyama 1992.
 - 4 Brzezinski 2015.
 - 5 Huntington 2002.
 - 6 Zu weltpolitischen Aspekten siehe: Iriye 2014; Rödder 2015; Winkler 2015. Zu europäischen Aspekten: Wirsching 2012a; speziell deutsche Aspekte: Winkler 2010.

- Den Zusammenbruch des sozialistischen Ostens mit Ausnahmen von China, Nordkorea und Cuba und der damit verbundenen Öffnung von Grenzen und dem Aufstreben sog. »Schwellenländer« wie z.B. China, Indien, Brasilien, Südkorea etc.
- Eine »neoliberale« monetaristisch ausgelegte Wirtschafts- und Finanzpolitik der Staaten verbunden mit expandierenden ausländischen Direktinvestitionen im Bereich der großen Wirtschaftsunternehmen.
- Die mikroelektronische Revolution, insbesondere mit der Entwicklung des Internets, der digitalen Kommunikation und Mobilfunk, die eine Beschleunigung der Information sowie Kommunikation und Koordinierung globalisierter Produktions- und Logistiknetze ermöglichte⁷.

Innerhalb des sich derart dramatisch veränderten internationalen politischen Kräftefeldes vollzog sich die deutsche Vereinigung,⁸ die Anfang der 1980er-Jahre mit der polnischen Solidarnosc und ab 1988 mit den großen Protesten, der Grenzöffnung in Ungarn etc. sowie mit der Maueröffnung 1989 ihre Ausgangspunkte hatte.

Nach den Volkskammerwahlen im Mai 1990 war es klar, dass es zu einer Vereinigung der beiden deutschen Staaten kommen wird – und zwar nicht in Verbindung mit einer »Verfassungsdiskussion«, sondern als ein Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes im Rahmen des Artikels 23 GG. Grundlage des Einigungsvertrags war der Staatsvertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Die Modalitäten des Beitritts waren geregelt; auf dem Gebiet der DDR wurden das politische System der Bundesrepublik inklusive der föderalen politisch-administrativen Gliederungen übernommen, die D-Mark wurde eingeführt ebenso wie die »soziale Marktwirtschaft« sowie die sozialen Sicherungssysteme inklusive deren Organisationsformen – alles unter dem »kritischen Sperrfeuer der Experten«⁹ und anderer kritischer Geister in Ost und West. Allerdings gilt auch, dass mit dem Zwei-plus-vier-Vertrag von 1990, der »völkerrechtlichen Gründungsurkunde des wiedervereinigten Deutschlands« und dem Datum der Wiedervereinigung, dem 3. Oktober 1990, »unverrückbar feststeht, wo Deutschland liegt, wo seine Grenzen verlaufen, was dazu gehört – und was nicht«.¹⁰

Politisches Credo der Regierung Kohl war bei dem gesamten Transformationsprozess, dass er ohne Steuererhöhungen finanziert werden sollte. Leider funktionierte dieses Vorhaben nicht, und so wurde 1991 der Solidaritätszuschlag befristet für ein Jahr eingeführt und 1995 als fester Zusatz-Bestandteil von Lohn- und Einkommenssteuer institutionalisiert. Es folgte die Währungsunion, d.h. die Übernahme der D-Mark für die nun neuen Bundesländer. Die Wirtschaftsunion bereitete schon mehr Schwierigkeiten und war ein politischer Kraftakt, der sich zwischen »Goldgräberstimmung und tiefer Verzweiflung« bewegte. Schon im Juli 1990 übernahm die Treuhandanstalt nahezu 8.000 (neuere Recherchen sprechen von 12.000) volkseigene oder staatliche Kombinate, Unternehmen und Betriebe mit circa 45.000 Betriebsteilen und nahezu 4 Mio.

7 Wirsching 2012a, S. 226; Iriye 2014; Rödder 2015, S. 55ff. Kritisch: Streeck 2013.

8 Teltschik 2002.

9 Wirsching 2012b, S. 681.

10 Winkler 2002, S. 369.

Beschäftigten.¹¹ Da jedoch ein Großteil der Betriebe mit völlig veralteten Anlagen und Technologien arbeiteten, nicht rentabel waren oder keine Absatzmärkte mehr finden konnten,¹² wurden sie entweder schon durch die Treuhand geschlossen bzw. nach einer Privatisierung »saniert«. Circa zwei Drittel der DDR-Betriebe wurden so geschlossen bzw. deren Belegschaften drastisch reduziert. Zwischen 1990 und 1994 wurden in Treuhandunternehmen 72 % der Beschäftigten (der ehemaligen DDR) entlassen, das sind 2.952.000 Arbeitnehmer*innen.¹³ Der Zusammenbruch der ostdeutschen Wirtschaft wirkte sich negativ auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland aus. Gerade fing die Wirtschaft Westdeutschlands an, sich zu erholen, traf sie nach einem kurzen »Vereinigungsboom« auch die global einsetzende Krise insbesondere in der Mitte der 1990er-Jahre. Die Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern stieg auf bis zu 25 %.¹⁴ Trotz aller Hinwendung zu neoliberaler monetaristisch ausgerichteter Politik musste die Bundesregierung eingreifen, und die Folgen der Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern durch Beschäftigungsgesellschaften und anderen Arbeitsförderungsmaßnahmen abmildern.

Die politische und soziale Vereinigung war mit hohen Kosten verbunden. Die politische Gliederung der DDR wurde, anlog dem föderalen Modell neu organisiert; es entstanden die neuen Bundesländer, die Landkreise und Kommunen – mit den entsprechenden Konsequenzen vor allem in der Sozialpolitik. Die Übernahme des westdeutschen Systems der sozialen Sicherungen mit seinem auf Beitragszahlungen beruhenden Versicherungssystem wurde von den Systemen selbst, d.h. von den Versicherten, den Arbeitgebern und den nun notwendigen Bundeszuschüssen geleistet. Insgesamt kommt Winkler zum Schluss, dass die »gewaltigen Transferleistungen von West nach Ostdeutschland, die zwischen 1991 und 1995 zu fast einem Viertel (23 Prozent oder 140 Milliarden DM) von der Renten- und Arbeitslosenversicherung aufgebraucht wurden, zulasten des Wirtschaftswachstums und, wegen der steigenden Lohnnebenkosten, der internationalen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands gingen. 1998 lag Deutschland mit einem Wachstum des Bruttoinlandproduktes von 1,97 Prozent weit unter dem von Frankreich (3,4 %), Großbritannien (3,5 %) und den USA (4,4 %). Die Arbeitslosigkeit erreichte 1998 mit 4,28 Mio. und 12,3 Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung den bislang höchsten Stand seit 1949, wobei der ostdeutsche Wert (19,5 %) den gesamtdeutschen kräftig nach oben zog«. ¹⁵ Von Beyme spricht in diesem Zusammenhang von einem »Vereinigungskynesianismus wider Willen«, der den von der Kohl-Regierung insgesamt verfolgten neoliberalen Kurs teilweise konterkarierte.

»Blühende Landschaften« gibt es in Ostdeutschland bis heute nur an einigen Orten, jedoch hat sich die Lebenssituation der dort lebenden Menschen ganz erheblich verändert. Das gilt in erster Linie für Freiheit und Menschenrechte, jedoch auch für

11 Czada 2002, S. 212; Böick 2018.

12 Das gilt insbesondere für den Handel mit RGW-Staaten, der nach dem Zusammenbruch des »Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe« abrupt zusammenbrach. Das gilt ebenso für den inländischen Handel, da die Ostdeutschen nun lieber West-Produkte kauften und damit für die Ausbreitung der »Filial-Ökonomie« beitrugen (Abelshauser 2011, S. 447).

13 Czada 2002, S. 212.

14 Raphael 2019, S. 425.

15 Winkler 2015, S. 137.

Lebenslagen und Lebensstandard. Abelshauser berichtet, dass sich bis zum Jahr 2008 »das Pro Kopf Einkommen im Osten bis 2008 verdreifacht hat. Im Westen ist es dagegen nur knapp um die Hälfte gestiegen. Auch das verfügbare Einkommen wuchs im Osten deutlich schneller als im Westen: Es hatte sich verdoppelt, während es im Westen lediglich um 38 % zugenommen hat«.¹⁶

Diplomatisch ganz eng verbunden mit dem Prozess der deutschen Vereinigung ist der Prozess der europäischen Integration, mit der die europäischen Staaten auf die Fahrt aufnehmende Globalisierung reagierte, um sich als Global Player zu etablieren. Ganz sicher ist dieser Schritt ein historischer Wendepunkt in der europäischen Geschichte, in der Staaten bzw. Nationen bisher z.T. Jahrhunderte lange Feindschaften hegten und Kriege gegeneinander führten, der einen zivilisatorischen Fortschritt darstellt und nicht hoch genug bewertet werden kann. Allerdings wurde die Integration in erster Linie über Verträge herbeigeführt, die die Wirtschafts- und Währungsunion vereinbarten, also das Zusammenwachsen über die Ökonomie regelten. Zentral hierbei ist der Vertrag von Maastricht vom 7. Februar 1992, der die Europäische Union als übergeordneten Verbund für eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik sowie eine enge Zusammenarbeit in den Bereichen der Justiz, Inneres und – im Rahmen eines Protokolls – Soziales regelte.¹⁷ Der Prozess begann 1990, wo in einer ersten Stufe der Kapitalverkehr liberalisiert wurde sowie multilaterale Abstimmungen der Länder in Fragen der Wirtschafts- und Haushaltspolitik. In der zweiten Stufe wurde ab 1994 die Europäische Zentralbank (EZB) geschaffen, die die Geldpolitik und Preisstabilität überwachen sollte, sowie der Stabilitätspakt geschlossen, der die Neuverschuldung der Mitgliedsländer auf 3 % des BIP begrenzen sollte. In der dritten Stufe wurde die gemeinsame Währung, der EURO, ab 1999 zunächst als »Buchgeld« und ab 2002 dann auch als »Bargeld« eingeführt, wobei nicht alle Länder der EU der Währungsunion beitraten. Politisch wurde eine, die Staatsbürgerschaft ergänzende »Unionsbürgerschaft« inklusive der Niederlassungsfreiheit eingeführt, europäische Institutionen neu geordnet, eine – auf dem Einstimmigkeitsprinzip beruhende – Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, sowie eine enge Zusammenarbeit in der Rechts- und Innenpolitik verabredet, wie z.B. die Gründung von EUROPOL. Für die Sozialpolitik wurde – ohne das Vereinigte Königreich – lediglich ein Zusatzprotokoll abgeschlossen, da die sozialen Standards der Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich waren. Es bezog sich im Wesentlichen auf arbeitsrechtliche Mindestnormen. Darüber hinaus war – nicht zuletzt auf Druck Deutschlands – das »Subsidiaritätsprinzip« für Europa leitend und sollte durch einen engen Dialog der Mitgliedsstaaten ergänzt werden. Dennoch wurden durch die Europäisierung der Sozialpolitik die Spielräume nationaler Politik zum Teil erheblich eingeschränkt.¹⁸ Das gilt insbesondere für die Arbeitsbeziehungen und das Arbeitsrecht, die, zum Teil über die Rechtsprechung des EuGH, also Richterrecht, einer zunehmenden Liberalisierung zum Opfer fielen.¹⁹

16 Abelshauser 2011, S. 450.

17 Vgl. zum Folgenden: Abelshauser 2011, S. 267 ff; Wirsching 2012a, S. 155; Winkler 2015, S. 19; Abelshauser 2011, S. 267ff; Rödter 2015, S. 280.

18 Ritter 2007, S. 67.

19 Vgl. Höpner 2008.

Natürlich begleiteten kritische Stimmen den europäischen Einigungsprozess. Von konservativer Seite wurde vor allem die Währungsunion kritisiert, die die starke D-Mark nun ablösen soll. Von linker Seite wurde kritisiert, dass der Einigungsprozess nicht als ein verfassungsgebender politischer Integrationsprozess veranstaltet wurde. Darüber hinaus wurde kritisiert, dass die Europäische Union als »Vehikel der Liberalisierung« bzw. »Liberalisierungsmaschine«²⁰ fungiere, die die Durchsetzung des Neoliberalismus aktiv vorantreibe. Eine ähnliche Kritik äußert Scharpf. Er kritisiert, dass eine europäische Integration nicht »positiv« über gemeinsame Beschlüsse, Gesetzgebung etc. erfolgt, sondern »negativ« über Rechtsprechung, die eher die wirtschaftsliberalen Aspekte betone.²¹

Auf jeden Fall jedoch befördert die europäische Integration die politischen Grundlinien der Bundesregierung, die auf eine Neoliberalisierung ausgerichtet, jedoch durch den »Vereinigungskeynesianismus wider Willen« verlangsamt worden waren. Zunächst standen andere Maßnahmen im Vordergrund, die sich auf die Integration von Erwerbsfähigen in den Arbeitsmarkt bezogen sowie insbesondere auf die Maßnahmen im Rahmen des sog. Aufbau Ost. Er wurde durch die Solidarpakte I und II der Bundesregierung mit den Landesregierungen der Länder sowie durch den Solidaritätszuschlag in seiner Finanzierung geregelt und bezog sich im Wesentlichen den Ausbau der überregionalen Straßen und Schienenwege, die Verbesserung der kommunalen Infrastruktur, den Aufbau wettbewerbsfähiger Strukturen, insbesondere die Ausweisung von Gewerbeflächen, der Bau von Büro- und Industriegebäuden sowie die Sanierung, Modernisierung oder der Neubau von Wohnungen. Das hat besonders in der Bauwirtschaft zu einem Aufschwung geführt.

Die Privatisierungsstrategie im Osten wurde ergänzt durch Deregulierungs- und Entstaatlichungsprozesse, die sich ab Mitte der 1990er-Jahre besonders auf die Finanz-, Telekommunikations- und Verkehrsmärkte bezog und die Privatisierung der Deutschen Börse im Rahmen der Börsenreform, die der Deutschen Bundesbahn im Rahmen der Bahnreform und die Privatisierung und Aufteilung der Deutschen Bundespost in Deutsche Post AG und Deutsche Telekom.²² Die Pläne einer Senkung der Einkommenssteuer auf 35 % konnten wg. des Widerstandes der Sozialdemokraten im Bundesrat nicht umgesetzt werden und wurden danach von der Rot-Grünen-Koalition 1999 nicht ganz so drastisch umgesetzt. Eine Entstaatlichungs- und Deregulierungspolitik wurde nicht nur durch den Bund betrieben, sondern auch durch die Länder und Kommunen. Sie beteiligten sich bis weit in die 2000er-Jahre am Ausverkauf des Tafelsilbers, um ihre maroden Finanzen zu sanieren. Viele Grundstücke wurden veräußert, sozialer Wohnungsbau wurde unmöglich gemacht, Verkauf von Immobilien und Ihr Zurückleasen bzw. »Cross-Border-Leasing« sowie andere Projekte von »Public-Private Partnership« wurden umgesetzt²³ um den (Sozial-)Staat zu vermarktlchen.²⁴ »Aus dem Leistungs-

20 So Streeck 2013, S. 147.

21 Scharpf 1999, 2009.

22 Abelshauser 2011, S. 505.

23 Engartner 2008, S. 103; Biebricher 2012, S. 141.

24 Ebner fasst unter Vermarktlichung: »Vermarktlichung meint dabei, dass eine ökonomische Logik erwerbswirtschaftlicher Warenproduktion zum dominanten Strukturprinzip eines sozialen Feldes wird, wobei sich auf individueller wie kollektiver Ebene wettbewerbsorientierte Regeln und Nor-

staat wurde insbesondere in den Infrastrukturbereichen Strom, Gas, Bahn und Telekommunikation ein marktregulativer Staat«,²⁵ bzw. ein »Gewährleistungsstaat«, der die Leistungen nicht mehr selbst erbringt, sondern dafür sorgt, dass sie (privatwirtschaftlich) erbracht werden.

Mitte der 1990er-Jahre kam die Kohl-Regierung an ihre Grenzen. Die wirtschaftlichen Probleme der 1980er-Jahre kamen nun wieder verschärft zum Tragen und wurden ergänzt durch eine immense, vereinigungsbedingte Staatsverschuldung, sowie eine internationale technologisch induzierte Wirtschaftskrise, die nun auch auf das vereinigte Deutschland übergriff und die ohnehin hohe Arbeitslosigkeit verschärfte. Sie lag 1998 bei 12,3 %. Das Wachstum lag bei 1,97 % (BIP) und die Transferkosten von West- nach Ostdeutschland lagen bei circa 14 Mrd. Euro.²⁶ Hinzu kam der nun offenkundige demografische Wandel der Bevölkerung, der sich in der Zunahme alter Menschen, der Abnahme von Geburten besonders in Ostdeutschland und Kinderlosigkeit sowie der Zunahme von Einpersonenhaushalten bemerkbar machten.²⁷

Zusammen mit der zunehmenden sozialen Ungleichheit, auf die der Bund keine politischen Antworten fand, machten Begriffe wie »Reformstau« oder gar »Reformblockade« die Runde. International wurde mit Blick auf Deutschland von »kranken Mann Europas« gesprochen. 1998 wurde dann auch die »Ära Kohl« durch eine Rot-Grüne-Regierungskoalition mit dem Kanzler Gerhard Schröder und dem Außenminister und Vizekanzler Joschka Fischer abgelöst. Beide Parteien hatten sich auf eine Politik des »Dritten Weges«²⁸ verständigt, die insbesondere 1999 im sog. »Schröder-Blair-Papier«²⁹ einen gravierenden Umschwung sozialdemokratischer Politik einleitete und für die Grünen einen realpolitischen Schwenk in eine ökosozial-liberale Richtung. Sie folgten dem Kurs der Regierung Kohl bzw. setzten den neoliberalen Kurs mit großer Konsequenz fort und erweiterten diesen um das Konzept des »aktivierenden Sozialstaates«. Die Steuerreform 1999 der Rot-Grünen-Koalition war eine der ersten großen Maßnahmen, die eine wesentliche Senkung der Steuersätze in der Lohn- und Einkommenssteuer vorsah. Zwar wurde der Eingangssteuersatz um circa 10 % gekürzt sowie die Steuerfreibeträge erhöht, jedoch der Spitzensteuersatz von 53 % auf 42 % gesenkt. Darüber hinaus wurden die Körperschaftssteuer auf Gewinne von Kapitalgesellschaften auf 25 % und für gewisse Zeit wurden die Steuern für Gewinne aus Aktienverkäufen (Anteilen an Kapitalgesellschaften) abgeschafft.

Sicher im Zusammenhang mit der sich ab Mitte der 1990er-Jahre verschärfenden wirtschaftlichen Krise wurde nun auch in dem vereinigten Deutschland zunehmend deutlich, dass nicht nur im Osten die »blühenden Landschaften« ausblieben, sondern dass auch im Westen nur vereinzelte Landschaften wirklich blühten. Von den Sozialwissenschaften wurde eine zunehmende soziale Spaltung konstatiert, die bedrohli-

men durchsetzen. Dabei sind Vermarktlichungsprozesse an spezifische Diskurse und Paradigmen gebunden, die den Akteuren eine entsprechende Handlungsorientierung vorgeben«. Ebner 2014, S. 99.

25 Nullmeier 2004, S. 495.

26 Winkler 2015, S. 137.

27 Ritter 2007, S. 89; Faulstich 2010b.

28 Giddens 1999.

29 Schröder und Blair 1999.

che Ausmaße annehmen konnte und die »Integration moderner Gesellschaft«³⁰ infrage stellen konnte. Es wurde der Frage nachgegangen, welche Entwicklungen die soziale Integration der Gesellschaft schwächen oder auch stärken.³¹ Soziale Ungleichheit kam, auch durch die von Heiner Geißler angestoßene Diskussion der »Neuen Armut«, wieder verstärkt in den Fokus der Sozialwissenschaften.³² So zeichneten z.B. Lessenich und Nullmeier ein Bild von einer zutiefst gespaltenen Gesellschaft, in denen nicht nur eine Spaltung zwischen »Arm und Reich« verläuft, sondern dass Spaltungslinien ebenso zwischen Ost und West, den Geschlechtern, Stadt und Land, Deutsche und Ausländer etc. sehr vielfältig sind.³³ Allerdings verändert sich die Diskussion im Gegensatz zu früheren Diskussionen, da sich nun herausstellt, dass z.B. Armut nicht mehr nur am Rande der Gesellschaft angesiedelt ist, sondern auch in der Mitte bei kinderreichen Familien, Alleinerziehenden und Rentnerinnen; darüber hinaus kommen nun langsam auch Gesundheit und Menschen mit Behinderungen in den Fokus.³⁴ Zentrale Begriffe sind bei dieser Diskussion die Begriffe Inklusion/Exklusion sowie Prekariat/Prekarisierung.

Mit den Begriffen der Inklusion/Exklusion deuten die Sozialwissenschaften einen Begriff um, der aus der systemtheoretisch inspirierten Differenzierungstheorie stammt³⁵ und nun – oft unter Verwendung eines Sektoren- und Zonenmodells von Castell³⁶ – angewendet wird auf die sozialwissenschaftliche Ungleichheitsforschung³⁷ und auf gesellschaftliche Ausgrenzung »innerhalb« der Gesellschaft verweist. Im Zusammenhang hiermit steht der Begriff des Prekariats/Prekarisierung,³⁸ der darauf verweist, dass die Lebenslagen vieler Menschen zunehmend unsicherer und kaum noch berechenbar werden und diese damit häufig am Rande der Exklusion bzw. gesellschaftlichen Ausgrenzung stehen. Mit diesen Konzepten sind die Sozialwissenschaften nun in der Lage gesellschaftliche Ungleichheit nicht nur statisch mit einem Schichtenmodell zu erfassen, sondern gewissermaßen dynamisch-prozesshaft Prekarisierungs-, Verarmungs- sowie Exklusions- und Ausgrenzungsprozesse zu beforschen. Die sich hieraus entwickelnde Forschungstätigkeit ab den 2000er-Jahren wurde außerhalb der Sozialwissenschaften leider kaum zur Kenntnis genommen, das gilt für die Psychiatrie ebenso wie den Behindertenbereich. Erst circa 10 Jahre später, als die Behindertenkonvention der Vereinten Nationen (UN-BRK) 2009 von der Bundesrepublik Deutschland ratifiziert wurde, wurde über Inklusion und Exklusion breit diskutiert – allerdings etwas anders. Bedeutsam für den hier interessierenden Zusammenhang war jedoch, dass mit dieser Entwicklung der Sozialstaat nicht nur in die Krise, sondern anschei-

30 Peters 1993.

31 Heitmeyer 1998, 1999.

32 Vgl. im Überblick: Rehberg 2006 Insbesondere Hans-Ulrich Wehler wendet sich vehement gegen die Thesen einer »neuen« Armut, Ungleichheit (sowie der Auflösung traditioneller Milieus). Er postuliert hingegen, dass die »alten« Ungleichheiten nun wieder zu Vorschein kämen.

33 Lessenich und Nullmeier 2006. Für die neuere Diskussion siehe: Hradil 2012.

34 Lenger und Süß 2014.

35 Stichweh 1988.

36 Castel 2009.

37 Siehe hierzu Nassehi 1998; Stichweh 1997; Kronauer 1998, 1999.

38 Bourdieu 1998; Vogel 2006, 2008, 2009.

nend auch an seine Grenzen gekommen ist,³⁹ auf jeden Fall wird er nun zunehmend nicht nur als Problemlöser, sondern auch als Problemerzeuger wahrgenommen.⁴⁰

Neben der zunehmenden sozialen Ungleichheit, Armut und Wohnungslosigkeit⁴¹ verändert sich die Deutsche Gesellschaft auch in anderer Hinsicht. So ist oben schon darauf hingewiesen worden, dass sich die Demografie stark verändert. Die Gesellschaft altert; es werden weniger Kinder geboren, wobei insbesondere in Ostdeutschland die Geburtenrate drastisch sinkt; die Menschen werden älter und leben – obwohl die konventionellen Familien immer noch die relative Mehrheit bildet – als Singles, alleinerziehend oder auch als kinderlose Paare in immer kleineren Haushalten. Auch die Scheidungsraten steigen. Die Entwicklungen verlaufen – aufgrund verschiedener Ausgangsbedingungen – in Ost und West jedoch sehr unterschiedlich.⁴² Die Individualisierung schreitet voran.⁴³ Darüber hinaus differenzieren sich nun in den 1990er deutlich unterschiedlich Milieus heraus. Dies gilt auch für das sog. »alternative Milieu« welches – man könnte fast sagen – mit zunehmendem Alter aufgeht in unterschiedliche Milieus, die die Schichtenmodellierung ergänzen.⁴⁴ Auch hier unterscheiden sich West- und Ostdeutschland.

Verbunden hiermit sind unterschiedliche kulturelle Orientierungen, die sich in den Milieus ggf. unterschiedlich manifestieren.⁴⁵ Bedeutsam hierbei erscheint, dass die Pluralisierung von Lebenslagen bzw. die »Leitkultur« des westlich-kapitalistisch-demokratischen Systems soz. im »Sauseschritt« in die neuen Bundesländer exportiert wurde.⁴⁶ »Fast alle [...] Parameter der Modernisierung erlebten dort eine stürmische Weiterentwicklung. Die Lebenserwartung, die (schon in der DDR weit fortgeschrittene) Pluralisierung der Lebensformen, die Bildungsexpansion, die Einkommen, besonders die Renten, die Wohnverhältnisse, die Arbeitsbedingungen usw. bewegten sich in Richtung Modernisierung. Einzig die Erwerbstätigkeit der Frauen erlebte Rückschritte und die Zuwanderung hielt sich in engen Grenzen. Modernisierung vollzog sich in Ostdeutschland im Zeitraffer«.⁴⁷

Im Zusammenhang mit der Pluralisierung von Lebenslagen und -stilen veränderten sich auch Subjekt- oder Identitätsformen: »Generation Golf«, »Generation X« oder »Young Urban Professionals« (Yuppies) sind die entsprechenden Stichworte der 1990er-Jahre für nicht mehr in traditionelle Milieus eingebundene, hedonistisch, konkurrenzbezogene Orientierungen, die eher für den Augenblick leben, ihre Handlungen auf Selbstbezüglichkeit oder Eigeninteressenbezogenheit ausrichten, relativ illoyal gegenüber anderen als eigenen Zwecken sind und sich schnell und flexibel auf neue Situationen, Gruppen oder Herausforderungen einstellen können – sofern sie eigenen Zwecken

39 Riedmüller und Olk 1994.

40 Lessenich 2019.

41 Hradil 2002, S. 237.

42 Hradil 2002, S. 233.

43 Beck und Beck-Gernsheim 2015 (1994).

44 Vester et al. 2001; Hradil 2002.

45 Vgl. im Überblick Faulstich 2010a.

46 Wirsching 2012b, S. 682.

47 Hradil 2002, S. 249.

dienen. Darüber hinaus sind sie in der Lage, sich auf unterschiedlichen »Beziehungsmärkten« situationsspezifisch selbst inszenieren. Voß und Pongratz entwickeln in diesem Zusammenhang den Begriff des »Arbeitskraftunternehmers«,⁴⁸ Richard Sennett den Begriff des »flexiblen Menschen«, Ulrich Bröckling den des »unternehmerischen Selbst«⁴⁹ und – jüngst – Andreas Reckwitz den der »Singularität«.⁵⁰ Die amerikanische Soziologin Sherry Turkle kommt – angesichts des sich ausbreitenden Internets mit seinen verschiedenen sozialen Netzwerken – zu dem Ergebnis, dass Menschen situationsspezifische »Patchwork-Identitäten« ausbilden.⁵¹

Eine etwas andere Deutung nimmt der englische Philosoph und Soziologe Zygmund Bauman vor. Für ihn ist die Moderne gekennzeichnet durch eine (rationale) Suche nach Eindeutigkeit, die letztlich ihre schreckliche Vollendung im deutschen Faschismus fand, der alles »Ambivalente« und Nicht-Eindeutige zu vernichten trachtete. In der nun eingesetzten Postmoderne erst bricht sich die Ambivalenz Bahn, eine Zweideutigkeit, die einerseits mit der Globalisierung auch Nationalismus und Rassismus oder auch mit der Erweiterung menschlicher Freiheitsgrade zugleich auch neue Zwänge und Herausforderungen für das Individuum hervorbringt. Ambivalenz, also Widersprüchlichkeit, ist eine Signatur der Postmoderne.⁵² Später wird Bauman, der oft von sozialpsychiatrischen Autoren rezipiert wird, diese These noch radikalieren und von einer »flüchtigen Moderne« sprechen, in der durch die sich beschleunigende globale Entwicklungsdynamik haltgebende Strukturen und Institutionen zunehmend erodieren.⁵³

5.2 Aspekte der Sozial- und Gesundheitspolitik in den 1990er-Jahren

Für die Sozial- und Gesundheitspolitik in den 1990er-Jahren ist es äußerst schwierig, sie mit einem Satz zusammenzufassen, da sie von vielen widersprüchlichen Bewegungen gekennzeichnet war. Zunächst war sie stark beansprucht und beeinflusst durch die Herausforderungen, die durch den Beitritt der »neuen Bundesländer« entstanden waren. Das galt nicht nur für die Frage der Einrichtungen und Dienste im Gesundheits- und Sozialwesen, sondern auch für die Schaffung von völlig neuen politischen und administrativen Rahmenbedingungen und Akteuren in den jeweiligen Politikfeldern, die sich ihrerseits entschieden wandelten. Darüber hinaus kam es – insbesondere Mitte der 1990er-Jahre, als der Sozialstaat in die Krise kam – unter dem Signum der Eigenverantwortung und Selbstbeteiligung zu einigen gravierenden Leistungseinschränkungen auf individueller Ebene. Es kam zu einer weiteren eher marktwirtschaftlichen Ausrichtung sozialstaatlicher Institutionen aber auch zur Einführung einer neuen »Säule« des Sozialversicherungssystems, der Pflegeversicherung (SGB XI) oder anderen Ausweitungen innerhalb psychotherapeutischer Leistungen sowie auch zu einer Neube-

48 Pongratz und Voß 2004.

49 Bröckling 2002b, 2007.

50 Reckwitz 2017.

51 Turkle 1998. Eine Position, die vor allem Keupp et al. 2013a aufgreifen, aber auch Illouz 2011 und Precht 2012. Reckwitz 2017 vertieft sie kultursoziologisch als »Kuratierung des eigenen Lebens«.

52 Bauman 1992.

53 Bauman 2016.